

Die Weser ist viel zu salzig

EU fordert dringend bessere Wasserqualität

VON MICHAEL LAMBEK

Hannover-Bremen. Das oberhessische Kali-Unternehmen K+S entwickelt sich zu einem immer drängenderen Thema für Bremen, Niedersachsen und die anderen Länder der Flussgemeinschaft (FGG) Weser. Der Kali-Produzent lässt seine 13 Millionen Kubikmeter Abwasser pro Jahr umstandslos in die Weser laufen, von dort fließen sie via Weser quer durch Niedersachsen und Bremen in die Nordsee. Nur einen kleineren Teil verpresst das Werk in den Boden.

Ab 2027 soll damit Schluss sein – so will es die EU. Die Weser-Anrainer sollen dafür einen Plan vorlegen, und die seit Jahren ungelösten Probleme nehmen nicht ab, während die verbleibende Zeit immer knapper wird.

Dieser Tage bekam K+S Besuch von Beamten des Landeskriminalamtes Thüringen. Die Gemeinde Gerstungen hatte bereits im Jahr 2008 wegen Trinkwasserverschmutzung Anzeige gegen Unbekannt erstattet, nachdem sie drei Trinkwasserbrunnen wegen Übersalzung schließen musste. 9,5 Millionen Tonnen Abwässer sollen dort zwischen 1997 und 2007 in den Untergrund gepresst worden sein.

K+S verpresste die Abwässer allerdings keineswegs unerlaubt, sondern verfügte über eine Genehmigung des Bergamtes. Die Staatsanwälte sehen indessen Anhaltspunkte dafür, dass alle Beteiligten hätten wissen können und müssen, dass diese Genehmigung rechtlich unwirksam ist.

Denn schon 2007 hatte das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie festgestellt, dass die salzige Lauge nicht zuverlässig dort blieb, wo sie hingepumpt wurde und jede weitere Verpressung von Abwässern den Zustand des Grundwassers verschlechtern würde. Auch eine weitere Verneinung von Trinkwasservorkommen schloss die Behörde nicht aus. 2014 kam sie bei der Bewertung der Verpressungen im hessischem Werra-Revier zu ähnlichen Ergebnissen. Inzwischen ermittelt auch die Staatsanwaltschaft Kassel wegen möglicherweise rechtsunwirksamer Verpressungsgenehmigungen in Hessen, wie der Pressesprecher der Staatsanwaltschaft auf Anfrage bestätigte.



Genannt „Monte Kali“ – der Salzberg in Oberhessen. Die Salzlauge fließt durch Bremen und Niedersachsen FOTO: DPA

Während das hessische Umweltministerium die Ergebnisse der eigenen Behörde weniger dramatisch interpretiert, ist für den Vorsitzenden der Werra-Weser-Anrainerkonferenz, Walter Hölzel, glasklar: „Das Wasserhaushaltsgesetz lässt hier keinen Spielraum offen. Die Verpressungsgenehmigungen hätten nie erteilt werden dürfen, die bestehenden Genehmigungen müssen widerrufen werden, Folgegenehmigungen darf es nicht geben.“ Sollte es tatsächlich so kommen, dass die Verpressungsergebnisse kassiert werden, wird das Entsorgungsproblem für K+S, das rund 4000 Menschen beschäftigt, noch dramatischer. Schon wird von einem Entsorgungsnotstand gesprochen. Für die rund 13 Millionen Kubikmeter Salzlauge muss eine Lösung her.

Der Handlungsdruck ist gewaltig, denn seit 2012 gibt es ein EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland, das mit der Auflage verbunden wurde, bis 2027 die gute Wasserqualität von Werra und Weser wiederherzustellen. Bei Nichteinhaltung drohen drakonische Geldstrafen, die bei mehreren Hunderttausend Euro pro Tag liegen können – bis zur Erreichung des vorgegebenen Ziels.

Die Länder der Flussgebietsgemeinschaft (FGG) Weser – neben Bremen und Niedersachsen die Länder Nordrhein-Westfalen, Hessen, Thüringen und Bayern – sind gefordert, einen Bewirtschaftungsplan vorzulegen, mit dem das Ziel zu erreichen ist. Im März dieses Jahres verkündete Bremens Umweltsenator Joachim Lohse (Grüne) den Durchbruch. Die Minister hatten sich auf einen Entwurf geeinigt, der die Verringerung von Chloridwerten im Wasser vorschrieb. Allerdings fand sich so gut wie nichts in dem Entwurf darüber, wie man diese verminderten Werte erreichen wollte.

Klar ist dagegen, was man nicht will. Eine Pipeline in die Nordsee soll es ebenso wenig geben wie eine Entsorgungsleitung in die Oberweser. Das mögliche Ende der Verpressungsgenehmigungen verschärft das Problem nun zusätzlich. K+S meldete vorsorglich eine Überprüfung der Frage an, ob es an einen solchen Bewirtschaftungsplan überhaupt gebunden sein würde. Im übrigen seien die substanziellen und zeitlichen Vorstellungen der Minister völlig unrealistisch, und für betriebliche Belange, so hieß es aus der Presseabteilung des Unternehmens, sei der alleinige Ansprechpartner das hessische Regierungspräsidium. Von dem verspricht sich das Kali-Unternehmen eine weitere Verlängerung der Verpressungen, die sich jetzt im Fokus der Staatsanwaltschaft befinden.

Unterdessen eilt es. Noch bis zum nächsten Monat, so hieß es diese Woche aus der Bremer Umweltbehörde, liege der Planentwurf öffentlich aus. Dann werde man sich mit den Einwendungen auseinandersetzen. Den Abgabetermin für den endgültigen Plan, auf den sich die Regierungschefs der FGG-Länder zuvor geeinigt haben müssen, hat Brüssel auf den 22. März 2016 festgesetzt. **Standpunkt Seite 2**

Amtliche Ananas



Früher wurde an diesem Ort mit Südfrüchten gehandelt, künftig soll offenbar ein Teil der Sozialbehörde einziehen. Der Investor Stefan Pro hat das Gebäude des Fruchthofs am Breitenweg gekauft. Im Treppenhaus erkennt man noch an alten Details, wozu das Gebäude einst diente: Ananasfrüchte

aus Messing schmücken das Geländer. Jetzt soll der Fruchthof saniert werden. Ein Ankermieter ist dem Investor zufolge schon gefunden: 2016 soll hier der Fachdienst für Integration und Flüchtlinge einziehen, eine neue zentrale Anlaufstelle für Flüchtlinge. FOTO: KUHAUPT **Bericht Seite 9**

Es geht auch anders



Ralph Schulze über Katalonien

Der Unabhängigkeitskonflikt in Katalonien treibt einen Keil in das spanische Königreich. Der Graben zwischen der eigenwilligen Mittelmeerregion und dem restlichen Land wird seit Jahren tiefer. Der drohende Bruch der staatlichen Einheit ist die größte Herausforderung für die spanische Demokratie.

Wie konnte es soweit kommen? In einem Europa, das doch eigentlich zusammenwachsen will? In einer EU, die erstmals in der Situation ist, dass ein Mitgliedsstaat sich in zwei Nationen aufspalten könnte? Übertriebener Nationalismus, der blind macht für die wahren gesellschaftlichen Probleme und auch Kataloniens Unabhängigkeitsparteien ernährt, spielt bei derartigen Konflikten immer eine Rolle. Aber im Falle der wachsenden Entfremdung zwischen Katalonien und Spanien kommt ein entscheidendes Element hinzu: der völlige Mangel an Dialogbereitschaft und Diplomatie in Madrid.

Jahrelang sind die Katalanen von der konservativen Zentralregierung gedemütigt worden. Spaniens hölzerner Regierungschef Rajoy, der alle Rufe nach mehr Anerkennung, Mitsprache und Selbstverwaltung mit einem kalten „No“ abschmettert, hat diese Krise kräftig angeheizt. Sogar die katalanische Regionalverfassung, die von Spaniens Parlament gebilligt worden war, ließ Rajoy aushebeln. Das brachte das Fass zum Überlaufen.

Unabhängigkeitskonflikte lassen sich anders handhaben, wie man im britischen Schottland oder kanadischen Quebec sehen konnte. Dort durften die Bürger, was man den Katalanen verbot: Ganz legal per Referendum über die Unabhängigkeit abstimmen. In beiden Fällen entschied die Mehrheit gegen die Abspaltung.

Dass die Katalanen im Herzen keine Fanatiker, sondern freundliche Zeitgenossen sind, wissen Millionen von Urlaubern. Die Tatsache, dass Katalonien und nicht Mallorca oder die südliche Costa del Sol das beliebteste Feriengastland Spaniens ist, spricht für sich.

Für die Feriengäste dürfte sich auch bei einer Abspaltung langfristig nicht allzu viel ändern. Nur dass die Touristen dann eben nicht mehr in Spanien Urlaub machen, sondern in der „Katalanischen Republik“. **Thema Seite 3 politik@weser-kurier.de**

KOPF DES TAGES

Merle Kröger



Ein Meer, vier Schiffe, verschiedene Perspektiven – das ist die Zusammensetzung für „Havarie“, den aktuellen Roman von Merle Kröger. Die 1967 in Plön geborene Autorin greift die aktuelle Flüchtlingskatastrophe auf, indem sie die Beinahe-Kollision eines Schlepperboots mit einem Kreuzfahrtschiff zum Ausgangspunkt der Geschichte macht. Ihre Romane sind zugleich Politthriller und Gesellschaftsstudie. Dafür wurde Kröger mit dem Krimi-Preis von Radio Bremen ausgezeichnet, der an diesem Montagabend während der Kriminacht auf dem Veranstaltungsschiff „Oceana“ übergeben wird. Begleitet wird Kröger von den Regionalkrimi-Autoren Regula Venske und Klaus-Peter Wolf.

WETTER

Tagsüber 17° Nachts 5° Niederschlag 10%

Nach Nebel freundlich

Ausführliches Wetter Seite 6

H 7166 • 28189 BREMEN



Werder-Profis geloben Besserung

Bremen (mhd). Eine Krisensitzung hatte Viktor Skripnik nach der 0:3-Heimniederlage gegen Bayer Leverkusen angekündigt. Tatsächlich bat der Werder-Trainer seine Profis am Sonntagvormittag dann auch zum Gespräch. Gut 20 Minuten dauerte der Austausch, den Stürmerstar Claudio Pizarro hinterher in der Tonlage angemessen fand. „Du musst nach so einem Spiel enttäuscht sein“, sagte Pizarro, „da darfst du nicht locker sein.“ Was genau zur Sprache kam, soll intern bleiben. Nur so viel verriet Zlatko Junuzovic: „Der Trainer hat die richtigen Dinge angesprochen.“

Werder steckt nach drei Niederlagen binnen sieben Tagen wenigstens in einem Stimmungstief, vielleicht sogar in einer fußballerischen Krise. Vor allem in der zweiten Halbzeit hatte sich die Mannschaft am Sonntagabend in Weserstadion fast wehrlos ergeben. „Wir können es in jedem Bereich besser machen“, zeigte sich Junuzovic einseitig. Und mit Blick auf das Spiel beim Tabellenletzten Hannover 96 am kommenden Sonntagabend meinte er: „Dann geht es nicht darum, schönen Fußball zu spielen, sondern Punkte zu holen.“ Personell immerhin könnte es dann für Werder schon wieder besser aussehen. Nachdem gegen Leverkusen vor allem Nachwuchsspieler auf der Bank gesessen hatten, kehrt Fin Bartels nach abgessener Sperre zurück. Auch Stürmer Aron Johannsson, der gegen Leverkusen ausgefallen war, soll bald wieder trainieren. **Bericht und Kommentar Seite 19**

VERMISCHTES

Ein Brauer auf der Walz

Wandernde Handwerker gibt es Hunderte in Deutschland. Doch nur einer von ihnen ist Bierbrauer: Ingo Alex ist schon mehr als zwei Jahre auf der Walz und hilft Brauereien in ganz Deutschland. **6**

BREMEN

Grenzgänger wird zum Paddler

Als Grenzgänger schreitet unser Reporter Jürgen Hinrichs die Bremer Landesgrenze ab. Diesmal aber kam er zu Fuß nicht weiter: Er stieg ins Paddelboot und fuhr die Wümme hinunter, als Grenzpaddler sozusagen. **8**

WIRTSCHAFT

Die Deutschen und ihre Autos

Die Beziehung zwischen Mensch und Auto ist etwas Besonderes. Wie speziell sie ist, das erforscht die Soziologin Christa Bös. Ein Ergebnis: Sehnsucht spielt eine große Rolle. **13**

KULTUR

Alles cremig

Thomas Rentmeister kennt nur wenige Farben. Weiß oder braun – so sehen die Werke des bedeutenden deutschen Installationskünstlers aus. Bekannt ist er für seine Objekte aus Penatencreme oder Nutella. In der Städtischen Galerie Delmenhorst zeigt Rentmeister nun bis zum Januar seine eigenwilligen Exponate. **17**



RUBRIKEN

Familienanzeigen	17	Lesermeinung	4
Fernsehen	16	Rätsel & Roman	15
Gesundheit	24	Tipps & Termine	10

Bremen sucht den Brandstifter

Bremen (fea). Am Tag nach dem Anschlag auf eine im Aufbau befindliche Flüchtlingsunterkunft in Bremen-Blumenthal ist die Polizei bei ihren Ermittlungen nicht wesentlich weiter gekommen. Es gebe Hinweise, sagte ein Sprecher, bislang sei darunter aber nichts Spektakuläres gewesen. Unbekannte hatten in der Nacht zu Sonntag versucht, ein Großzelt an der Straße Kreinslogger anzuzünden. Das Feuer ging wieder aus, der Sachschaden ist überschaubar und das Zelt weiter nutzbar, hieß es am Sonntag. Mittlerweile passen Wachleute auf die Einrichtung auf. Am Montag um 15 Uhr soll es vor dem Rathaus in Blumenthal eine Mahnwache geben.

Der Vorfall war der erste dieser Art in Bremen. Auch andernorts gibt es Gewalt gegen Flüchtlingsunterkünfte. So kam es am Wochenende an verschiedenen Orten zu Randale und teils gewalttätigen Protesten gegen Asylbewerber. In der Nacht zu Sonntagabend etwa versuchten im sächsischen Niederau vor einer leeren Flüchtlingsunterkunft Demonstranten, einen Bauzaun um das Gelände umzustößeln. Im sächsischen Heidenau wurden am Sonntagabend Flüchtlinge aus Pakistan von russisch-stämmigen Jugendlichen angegriffen. Bereits am Freitag demonstrierten in Mecklenburg-Vorpommern nach Polizeiangaben an mehreren Orten mehr als 1000 Menschen gegen die Flüchtlingspolitik. Die Proteste wurden meist von rechten Gruppen organisiert. **Kommentar Seite 2-Bericht Seite 7**